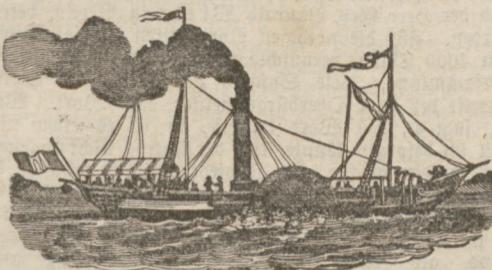


Danischer Dampfboot.

Nº 88.

Donnerstag, den 16. April.

Das "Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portehaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1863.

34ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spalte 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Btg. u. Annonc.-Bür.
In Leipzig: Illgen & Fort.
In Breslau: Louis Stangen.
In Hamburg-Altona, Franf. a. M. Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Von der polnischen Grenze, 14. April. Die Amnestie macht einen schlechten Eindruck. Die revolutionäre Regierung verkündigt, daß sie die Waffen nicht vor erkämpfter Unabhängigkeit niederlegen werden, verbietet den Einwohnern die Zahlung von Steuern an die russische Regierung und befiehlt den in der russischen Armee befindlichen Polen, zu den Insurgenten überzugehen. — Der Gouverneur von Grodno berichtet, daß 4000 Bauern ihre Absicht, zur unitären Kirche zurückzukehren erklärt haben. — Weder der Großfürst noch Wielopolski werden Warschau verlassen.

— Die „Oesterr. Const. Btg.“ vom 13. d. Mts. meldet, daß Langiewicz erklärt habe, nicht länger an sein Ehrenwort gebunden zu sein, daher werde er jetzt überwacht. — Von der polnischen Grenze wird unten am 14. geschrieben: Das Central-Comité in Warsaw hat beschlossen, jedem mit dem Tode zu bestrafen, der nicht bis Mai die Waffen ergriffen hat.

Lemberg, Mittwoch 15. April.

In maßgebenden Kreisen ist über eine neue Grenzverlegung in Galizien nichts bekannt geworden.

Wien, Mittwoch 15. April.

Die „Wiener Zeitung“ von heute Abend vernimmt, daß die kaiserliche Regierung von ihrem Standpunkte aus, und ohne Verhandlungen mit Preußen und dem Bundestage voreilen zu wollen, bei der dänischen Regierung gegen deren auf die Herzogthümer bezüglichen Verordnungen vom 30. März nachdrücklich Einsprache erhoben habe.

— Die heutige „Generalcorrespondenz“ meldet von wohl unterrichteter Seite aus Rom, daß die Ersetzung Antonelli's durch den Nuntius Luca in Wien immer mehr an Möglichkeit gewinne.

St. Petersburg, Dienstag 14. April. Die hiesigen Blätter publiciren heute eine Adresse, die am Öftertage von der hiesigen Stadtbehörde dem Kaiser überreicht wurde. Wie die früher vom Adel erlassene spricht sie von der Hingabe und Liebe zum Herrscher und von der Integrität des russischen Reichs.

Brüssel, Mittwoch 15. April. In der heutigen Sitzung der Kammer deponierte der Minister Rogier die Verträge mit Preußen, Italien und Spanien. In seiner Rede gab der Minister ein Exposé der allgemeinen Prinzipien der abgeschlossenen Konventionen, welches mit Beifall aufgenommen wurde.

Landtag.

Berlin, den 15. April.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde zuerst die Wahl des Abg. Freiherrn von Scherzer (6. Oppelner Wahlbezirk — Pleß-Rybnick) wegen geizwidriger Beeinflussung der Wahlmänner durch den Fürsten von Pleß für ungültig erklärt. — Dann tritt das Haus in die Fortsetzung der Beratung des Gesetz-Entwurfes, betreffend die Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaft auf den Seeschiffen. — Der zweite Abschnitt des Entwurfes, von der Anfertigung der Musterrolle und der An- und Abmusterung handelnd, wurde mit den Verbesserungsanträgen des Abg. Behrend (Danzig) (bezüglich auf die §§. 14 u. 21) und des Abg. Schmidt (Raudow) bezüglich auf §. 19) angenommen.

(Ausführlicheres morgen.)

Kundschau.

Berlin, 15. April.

Wie ein hiesiges Blatt vernimmt, wird unser Ministerium der österreichischen Regierung den Erlaß einer gemeinsamen Note an Dänemark vorschlagen,

in welcher gegen das Edict vom 30. März, betreffend die Herzogthümer Schleswig und Holstein, Protest eingereicht werden soll, jedoch unter dem ausdrücklichen Weisungen, daß man diesseits über den Protest hinauszugehen nicht gewillt sei, für weitere, etwa von der österreichischen Regierung zu beliebende Schritte vielmehr dieser den Vortritt überlassen müßte, ohne sich weiter zu binden.

— Die „Span. Btg.“ bringt folgende Mittheilung aus Stockholm vom 10.: Auch Schweden hat, obgleich verspätet, eine Aufforderung von Seiten Englands erhalten, sich den nach St. Petersburg bestimmten Noten anzuschließen.

— In der Dreifaltigkeitskirche fand gestern Nachmittags 2 Uhr die Trauung des Grafen von Westphalen, Mitglied des Herrenhauses, mit der Hofdame der Prinzessin Carl, Gräfin Luchesini, statt. Die Kirche war sehr gefüllt und wohnten namentlich die Hofstaaten der prinzlichen Höfe dem Trauungssakale bei.

Wien, 12. April. Die „General-Corr.“ schreibt: „Die Vorsichtsmaßregeln, welche in einigen Punkten Galiziens unerlässlich geworden sind, um einerseits jede Begründung einer Beschuldigung der Unterstützung des Aufstandes von Oesterreich fernzuhalten, andererseits jeder Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit in den der polnischen Insurrektion naheliegenden Theile des kaiserlichen Gebietes rechtzeitig zu begegnen, werden von mehreren Seiten dazu ausgebaut, um der österreichischen Regierung eine Schwenkung in ihrer Haltung dem polnischen Aufstande gegenüber zur Last zu legen. Jeder unbefangene Beobachter wird die Grundlosigkeit solcher Insinuationen erkennen. Oesterreichs Stellung war der polnischen Insurrektion gegenüber vom ersten Augenblick an die der mit möglichster Humanität gepaarten vollen Unparteilichkeit. Das Oesterreich diese sich selbst gegebene Stellung gewissenhaft eingehalten, dafür bürgt die einstimmige Anerkennung Europas. — Oesterreich hat jedoch weitere internationale Pflichten gegen die übrigen Staaten Europas, heilige Pflichten gegen sich selbst, und unabsehbare Pflichten gegen seine Unterthanen. Die kaiserliche Regierung kann und darf es nicht dulden, daß aus ihrem Territorium gleichsam ein Waffenplatz zu Angriffen auf einen Nachbarstaat gemacht werde, da sie sonst den Standpunkt der Unparteilichkeit verlassen und den Weg der Co-operation betreten würde; die kaiserliche Regierung darf innerhalb der Monarchie keine Gewalt, ob offene, ob geheime, neben sich bestehen lassen, die Befehle ertheilen und Strafen dictiren will, das ist sie der Heiligkeit der Krone schuldig; Oesterreichs Regierung muß schließlich die gesamten Bürger des Reiches gegen den Terrorismus einer geheimen, ungesetzlichen Macht ausreichend schützen, daß ist sie ihren Unterthanen schuldig. — Die hierauf abzielenden Maßnahmen sind nicht allein Recht, sondern auch Pflicht der Regierung, deren Erfüllung für die kaiserliche Regierung um so unerlässlicher ist, als sie schon wiederholt in der unangenehmen Notwendigkeit war, der kaiserl. russischen Regierung gegenüber Vorsorge gegen Verletzung des eigenen Gebiets und Genugthuung gegen vorgefallene Gewaltthäufigkeiten zu verlangen und sie dies mit dem nötigen Nachdrucke nur dann thun kann, wenn sie ihrerseits den internationalen Pflichten vollkommen gerecht geworden ist.

— Die hierauf abzielenden Maßnahmen sind nicht allein Recht, sondern auch Pflicht der Regierung, deren Erfüllung für die kaiserliche Regierung um so unerlässlicher ist, als sie schon wiederholt in der unangenehmen Notwendigkeit war, der kaiserl. russischen Regierung gegenüber Vorsorge gegen Verletzung des eigenen Gebiets und Genugthuung gegen vorgefallene Gewaltthäufigkeiten zu verlangen und sie dies mit dem nötigen Nachdrucke nur dann thun kann, wenn sie ihrerseits den internationalen Pflichten vollkommen gerecht geworden ist.

Vokales und Provinzielles.

Danzig, den 16. April.

[Stadtverordneten-Sitzung am 14. April.] Vorsitzender hr. Th. Bischoff. Magistrats-Commissionarien hr. Stadtrath Ladewig und hr. Stadtbaurath

richt. Anwesend 45 Mitglieder. Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und angenommen. Zu Mitredactoren des neuen Protokolls werden die Herren Hybbeneth, Janzen und Lebens gewählt. — Hierauf erscheint auch hr. Oberbürgermeister Geh. Rath v. Winter und nimmt an der Sitzung Theil. — Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist folgender von Herrn Dr. Biévin eingebrochene Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt, daß sie es für unzweckmäßig, gefährlich und ungerecht erachtet, daß die der Stadt gehörenden freien Plätze innerhalb der Festungswerke — wenn auch nur zeitweise — zur Benutzung mit Circusgebäuden hergegeben werden; sie erwartet ferner, daß der Magistrat dieser von ihr ausgesprochenen Ansicht beitreten und daher vom Jahre 1864 an die Errbauung von Circusgebäuden auf den bezeichneten Plätzen nicht mehr gestattet werde; und sie erachtet endlich den Magistrat, in einer der nächsten Stadtverordneten-Sitzungen einen dem zweiten Alinea dieses Antrags conformen Beschuß durch ausdrückliche Mitteilung zur Kenntnis der Stadtverordneten und des Publikums zu bringen.

Nachdem derselbe verlesen, erhält der hr. Antragsteller das Wort zur Motivirung. Die öffentlichen Plätze, sagt er, seien für den öffentlichen Verkehr bestimmt, hätten den Zweck, die Communication zu erleichtern. Dieser Zweck würde aufgegeben, wenn ein öffentlicher Platz mit einem Circus bebaut würde. Indem derselbe den Verkehr erschwere, bereite er auch denjenigen, welche in seiner Nähe wohnen, allerhand Last. Die Versammlung habe früher beschlossen, den Circus von dem Holzmarkt nach dem Heumarkt zu verlegen. Durch die Ausführung dieses Beschlusses sei zwar einer Anzahl von Bewohnern unserer Stadt eine sehr drückende Last abgenommen worden. Man habe aber dieselbe nicht etwa aus dem Wege geschafft, sondern sie Bewohnern eines andern Stadttheils aufgeburdet. Man denke Angesichts dieser Thatsache an das Sprichwort: Was dem einen recht ist, ist dem Andern billig. — Die Anwohner des Heumarkts hätten eben so ihre Klagen über die ihnen aufgebürdeten Last des Circus laut werden lassen, wie früher die Anwohner des Holzmarktes und zwar mit vollem Recht. Denn sie seien in gleicher Weise durch denselben der Feuergefahr ausgesetzt, wie es diese gewesen. Man möge nur sehen, was für eine ungeheure Menge Holz der Circus, welcher jetzt auf dem Heumarkt aufgebaut werde, enthalte. Die Grundfläche desselben betrage 110—120 □-Athen. Ein solches Gebäude sperre den Anwohnern nicht nur jeden frischen Lufthauch ab, er raube ihnen auch die Quadratelle blauen Himmels, welche ihnen sonst der Blick aus dem Fenster gewährt. Hier in Danzig wisse man wohl zur Genüge, was ein solcher Verlust auf sich habe. Der Antrag beweist keineswegs, daß Vergnügen, welches an den Produktionen der Kunstreiter finde, zu fördern. Sobald die Stadt nicht mehr mit der Verpachtung von Plätzen zu Circusgebäuden Geschäfte mache, dann würde sich schon ein Privatmann finden, der aus seinen Mitteln einen Circus bau. Das sei aus mehr, als einem Grunde wünschenswerth. Die Summe, welche der jetzt im Bau begriffene Circus koste, belause sich mit den Nebenausgaben auf fast 2000 Thlr. Eine so hohe Summe würden die Direktoren von Kunstreitergesellschaften für einen von einem Privatmann gemieteten Circus nicht zu zahlen brauchen. Ghe sich aber ein Privatmann zum Bau eines bleibenden Circus entschließen könne, müsse er die Garantie haben, daß ihm ferner nicht von der Stadt Concurrent gemacht werde. Diese Garantie würde ihm durch die Annahme des gezeichneten Antrags geboten. Die Commune bringe dabei kein erhebliches Opfer, was schon daraus hervorgehe, daß sie für den Platz des eben im Bau begriffenen Circus auf dem Heumarkte nur die Summe von 55 Thlr. erhalte. — Der Herr Oberbürgermeister entgegnete, daß die von dem Herrn Antragsteller ausgesprochene Ansicht eine wohlgebründete sei. Offentliche Plätze und Straßen der Stadt hätten nicht den Zweck zu Circusplätzen verwendet zu werden. Es würde ihn freuen, wenn die Angelegenheit dahin ihre Eileidigung fände, daß es in Zukunft nicht mehr nötig sei, die Versammlung mit Anträgen wegen Circusbauten zu behelligen. Mr. Piwko hat seine Bedenken gegen den Biévinschen Antrag. Man müsse, sagt er, die Sache von zwei Seiten ansehen und die beiden bei der Circusfrage befreilichen Parteien hören; denn was dem einen recht sei, sei dem Andern billig. — Einem Theil der Ein-

wohner sei der Circus eine Last, einem andern gewähre er Vortheil und Vergnügen. In Rücksicht hierauf müsse der Piévin'sche Antrag modifizirt werden. Die Annahme desselben, wie er vorliege, würde für viele Geschäftstreibende eine Härte und eine Beschränkung mit sich führen. Das würde man doch in einer Stadt, wo man überall den freien Verkehr befördere, nicht wollen. Nebrigens sei es in allen Städten, wo Messen und große Märkte abgehalten werden, eine langhergebrachte Sitte, öffentliche Plätze für Schaubuden herzugeben. Der Herr Redner stellt nunmehr folgenden Antrag: "Die Versammlung beschließt, außer der Dominikszeit keine freien Plätze innerhalb der Festungswerke zur Benutzung mit Circusgebäuden herzugeben, und für die Dominikszeit nur so lange, bis ein Circusgebäude durch Privatunternehmer hergestellt sein wird." — hr. Piévin erklärt, der Wunsch, welchen der von dem Herrn Vorredner gestellte Antrag ausspreche, habe dasselbe Ziel wie der von ihm eingebrachte. Zur Erreichung des Ziels wolle hr. Piévin nur einen andern Weg wählen. Indessen sei zu bedenken, daß der kürzeste Weg stets der empfehlenswertheste sei. — Wenn jetzt schon die Versammlung in dieser Angelegenheit eine ganz bestimmte, positive Meinung auspräche; so würde sich sehr schnell ein Privatmann zum Bau eines Circus bereit finden. Die Befürchtung, daß Kunstreitergesellschaften, weil sie etwa hier keinen Circus fänden, ausbleiben würden und so eine Störung oder Beschränkung des Geschäftsverkehrs für eine Anzahl hiesiger Einwohner eintreten könne, habe deßhalb nicht viel zu bedeuten. — Die Directoren von Kunstreitergesellschaften suchten Danzig auf, weil sie hier Geld verdienen und würden schon eine Vereinbarung mit einem Privatmann für ihren Zweck ermöglichen. Daß man in einer Stadt, in welcher man mit so großer Entschiedenheit wie hier der Handelsfreiheit huldige, dem Geschäftsverkehr irgend welche Beschränkung auferlegen wolle, davon könne nicht die Rede sein, und Niemand denkt auch daran. Indessen sei wohl zu erwägen, daß sich alle Particularinteressen dem Wohle des Ganzen unterordnen müßten. Ob die eine oder andere Brau- weinstube durch den Circus einige Gläser Schnaps mehr oder weniger verkaufe, das könne bei der Beschlusnahme über den Antrag nicht maßgebend sein. Herr Debens hält den Antrag des Herrn Vorredners für einen von sehr erster Natur. Derselbe verlange, daß sich die Commune des Dispositionsschreites ihres Eigenthums entäufern solle. Das sei doch sehr bedenklich. Nebrigens könne man nicht behaupten, daß die Verhältnisse eines Circus auf dem Heumarkt in Betreff der Feuergefährlichkeit denen eines Circus auf dem Holzmarkt analog seien. hr. Breitenbach stimmt Herrn Piévin darin bei, daß die öffentlichen Plätze der Stadt im Interesse der Gesundheitspflege conservirt werden müssen. Trotzdem könne er seinem Antrage nicht beistimmen, weil derselbe allerdings geeignet sei, einen Zwang auf den Geschäftsverkehr zu üben. Denn habe mit dem Jahre 1864 ein Privatmann noch keinen Circus gebaut; so würde es den Kunstreitergesellschaften verboten sein, nach Danzig zu kommen; er würde deßhalb für den Piévin'schen Antrag stimmen. Herr J. C. Krüger erklärt, daß es eben so wenig in seiner wie in eines andern Mitgliedes der Versammlung Absicht liegen könne, während des lebhaften Verkehrs der Dominikszeit den Kunstreitergesellschaften hier das Thor zu vercließen. Wolle man aber den Zweck erreichen, daß ein Privatmann so schnell wie möglich sich an den Bau eines Circus mache; so müsse sofort die Versammlung eine positive Erklärung abgeben und es nicht beim Wünschen lassen. Nebrigens habe die Sache deßhalb so große Eile, weil die Stadt bei der Anlage der Eisenbahn nach Neufahrwasser den Heumarkt nicht länger entbehren könne. Nachdem noch Herr Piévin das Wort gehabt und darauf hingewiesen, daß es eine Ungerechtigkeit gegen den Marktpächter sei, ihm auf Wochen und Monate den Raum, für welchen er seine Pacht zahlte durch den Aufbau eines Circuses zu entziehen und so ihm seine Einnahme zu schmälern, wird der Schluß der Debatte verlangt. Es wird hierauf zunächst über den Piévin'schen Antrag abgestimmt. Derselbe erhält nicht die Majorität. Indessen gelangt der Piévin'sche zur Annahme. Der Herr Vorsitzende teilt nunmehr mit, daß wiederum der Betriebsbericht der städtischen Gasanstalt und die Revision des städtischen Leibamts eingegangen seien. Die Versammlung bewilligt hierauf die Erstattung von Stromgeld, die Niederschlagung von Einzugsgeld u. s. w. Ferner wird bewilligt, das neu zu bauende Oberförsterhaus in Steegen mit Schiefer decken zu lassen. Anfänglich sollte es mit Steinpappe gedeckt werden. Die Bewilligung erfolgte um so eher, als durch eine eingetretene Ersparung bei dem Bau keine Erhöhung der Bausummen eintritt. Ein anderer Gegenstand der Tagesordnung ist die Anstellung eines Hegemeisters für die Dünencultur. Der Magistrat hat beschlossen, keine öffentliche Ausschreibung zur Meldung für diese Stelle zu erlassen, indem er bereits seinen Entschluß dahin gefaßt, diese Stelle dem Herrn Forst-Candidaten Wigandt zu übertragen, weil er die Überzeugung hat, daß kein geeigneter Vertreter sich finden werde. Herr Wigandt hat nicht nur, während er bei der Dünencultur mit Eifer thätig gewesen, sich eine reiche Erfahrung gesammelt, sondern hat auch von den verschiedensten Seiten die besten Zeugnisse über seine Gewissenhaftigkeit und Pflichttreue aufzuweisen. Neberdies wird er von Herrn Piévin auf das Wärmtje empfohlen. Die Versammlung acceptirt einstimmig den Magistrats-Antrag. Ferner wird bewilligt, dem neu anzustellenden Hegemeister eine Mietentschädigung von 100 Thlrn. so lange jährlich zu bewilligen, bis ihm von der Stadt eine Amtswohnung gebaut oder überwiesen wird. Nunmehr folgt ein Gegenstand der Tagesordnung, welcher der Glanzpunkt der ganzen Sitzung ist. Im Programm ist er mit folgenden Worten bezeichnet: "Bewilligung eines Credits bis zur Höhe von 4000 Thlrn. für die Commission zur Verbesserung der Gesundheitspflege unserer Stadt." Der Herr Vorsitzende giebt über den Antrag folgende Erläuterung. Die gemischte Commis-

sion, welche die städtischen Behörden in Folge der sehr verdienstlichen Denkschrift des Herrn Baurath Lüdt mit der Berathung über die Verbesserung der Gesundheitszustände unserer Stadt beauftragt haben, hat die Frage wegen Zuleitung eines reinen und gesunden Wassers in den Kreis ihrer Erörterung gezogen, indem sie davon ausging, daß das völlig Ungenügende der jetzt in dieser Beziehung bestehenden Zustände allseitig anerkannt werde. Hierach hat eine Commission unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters v. Winter den Gegenstand von Neuem in Berathung gezogen und ist zu dem Entschluß gekommen, nach dem Vorbild großer Städte, wie Hamburg und Berlin, hier eine Wasserleitung herzustellen. Behufs der Zweckmäßigkeit der Einrichtung sollen zwei bewährte Autoritäten, der Herr Oberbaurath Moose und der Herr Geh. Baurath Wiebe in Berlin, befragt werden. Für die nötigen Vorarbeiten ist die Summe von 4000 Thlrn. veranschlagt. Der Magistrat bittet die Versammlung, diese Summe zu bewilligen. Hierauf ergreift der Herr Oberbürgermeister das Wort. Wenn ich, sagt er, das Wort ergreife, so ist es etwa nicht, weil ich besorgen könnte, daß der Antrag nicht angenommen werden möchte. Es geschieht, weil ich wünsche, daß die Tragweite derselben unter uns Allen zum vollen Bewußtsein kommen möge. Schon vor meinem Eintritt in mein jetziges Amt habe ich den angeregten Gegenstand als das Hauptziel der Verwaltung angesehen. Seitdem ich mich in meiner Amtshätigkeit am hiesigen Orte befinden, habe ich freilich noch einen andern kennengelernt, der mir in gleicher Weise am Herzen liegt und dem ich eine gleiche Bedeutung zuschreibe. Das ist das Elementar-Schulwesen. Beide Gegenstände stellen Aufgaben, die innig miteinander verbunden sind. Es gibt einen moralischen und einen physischen Schmuß. Sowohl von dem einen wie von dem andern muß der Mensch gereinigt werden, wenn er gedehnt soll und unsere sozialen Verhältnisse eine gesunde Entwicklung erlangen sollen. Wer im physischen Schmuß steht, dem wird es schwer, sich aus der moralischen Verjüngung zu befreien. — Das Wasser, welches wir durch eine Wasserleitung zu erhalten hoffen, soll jenen wegspülen. Es herrscht eine große Klage über die Rohheit, welche hier in den arbeitenden Klassen vorhanden sein soll. Rohheit ist in der Regel eine Folge des physischen und moralischen Schmutzes. Ist der physische beseitigt, dann gewinnen die geistigen Mächte mehr Raum für ihre Wirksamkeit. Darum betrachten wir die durch das Wasser herzufüllende Sauberkeit in unseren Straßen und Häusern als ein Haupitziel. Zur Erreichung derselben ist ein wichtiger Schritt gethan, indem es möglich geworden, der Versammlung einen bestimmten Antrag vorzulegen; ich rechne mir diesen Schritt nicht als Verdienst an. Als ich die Angelegenheit in die Hand nahm, war der Boden für dieselbe bereits gegeben. Es handelte sich nur darum, dieselbe in lebendigem Fluß zu erhalten, die zu steckenden Ziele zu erweitern, die zu mündenden Vorschläge zu präzisieren. Der umfassende Denkschrift des Herrn Stadtbaurath Lüdt gebührt die Ehre, die wichtige Angelegenheit angeregt zu haben. Das große Publikum hat angefangen, sich mit der Frage derselben zu beschäftigen. Ihnen, meine Herren, ein Gemälde der Uebelstände zu geben, welche durch die Wasserleitung beseitigt werden sollen, ist nicht nötig. Selbst derjenige, welcher von einer leidenschaftlichen Vorliebe für Danzig erfüllt ist, wird dieselben nicht in Abrede stellen. Schon dadurch leidet die Luft in unserer Stadt, daß durch die hohen Wälle ihre Circulation beeinträchtigt wird, aber noch mehr leidet sie, indem sie verschlechtert wird durch die Menge von Unrat, der sich anhäuft und nicht in der rechten Weise abgeführt wird. Mit der Herbeischaffung eines guten Trinkwassers durch die Wasserleitung würden wir nur die eine Hälfte der Aufgabe lösen. Die andere besteht darin, den Unrat aus der Stadt wegzuschaffen. Zu diesem Zweck ist die Anlegung von Siechen nötig. Die Aufgabe, welche wir uns stellen, ist allerdings sehr groß aber nicht so schwer, daß sie nicht mit gutem Muth gelöst werden könnte, und zwar um so eher, als die Stadt die aus einer trüben Zeit stammenden Verpflichtungen gelöst. Aber nicht nur Muth, sondern auch Besonnenheit ist dazu nötig. Um diese zu bewahren, müssen wir in eine genaue Erörterung der Frage eingehen, muß vor allen Dingen ein technischer Bauplan entworfen werden. Die Zwecke, für welche wir die 4000 Thaler verlangen, liegen somit klar da und werden ihre Billigung finden; ich weiß, daß ich an Ihre Intelligenz nicht vergebens appellire, wo es sich um große Fragen handelt und es gilt, große Dinge mit vereinter Kraft zu Stande zu bringen. Ich habe das feste Bewußtsein, daß wenn die Frage erst ihre theoretische Erledigung gefunden, die praktische Ausführung nicht fehlen wird. Diese wird die nothwendige Consequenz des Schrittes sein, welchen Sie mit der Bewilligung der verlangten Summen als ersten in der wichtigen Angelegenheit thun. Indessen bleibt Ihnen die Freiheit, sich zu entschließen, ob Sie die Mittel für den zweiten Schritt, die practische Ausführung, bewilligen wollen oder nicht. Die Frage, um welche es sich handelt, ist die eigentlich brennende in unserm Communalen Leben, und meine Überzeugung ist und bleibt, daß sie nicht eher verschwinden werde, als bis sie gelöst ist. Ich werde für Ihre Zusage stets meine ganze Kraft einsezeln; denn sie enthält die Grundelemente der sozialen Fortschritte in der Commune." (Es folgt ein lebhaftes Bravo von der ganzen Versammlung.) — Im weiteren Verlauf der Versammlung kommt eine den Gaspreis betreffende Frage zur Sprache. Es handelt sich nämlich darum, ob der unter 20. Mai v. J. festgeigte Gaspreis von 2 Thlrn. 10 Sgr. für 1000 Kubikfuß zu ermäßigen sei. Das Gas-Curatorium erklärt, daß eine Ermäßigung um 5 Sgr. wohl zulässig sei, schlägt aber vor, dieselbe erst vom 1. Juli cr. ab einzutreten zu lassen, weil sie in diesem Jahre sehr erhebliche Ausgaben für die Reparaturen der beiden alten Gasbehälter und für Erweiterung des Röhrensystems gehabt und weil eine Verbesserung der Straßenbeleuchtung sich als nötig herausgestellt, deren Kosten, wenn sie nicht die Kämmererklasse belasten

sollen, aus den Revenüen der Gasanstalt zu nehmen sind. Auf Grund der von dem Gas-Curatorium dem Magistrat gemachten Vorschläge stellt dieser an die Versammlung folgende drei Anträge:

- 1) es zu genehmigen, daß der Preis des Gases für Privat-Consumanten vom 1. Juli cr. ab auf 2 Thlr. 5 Sgr. pro 1000 Kubikfuß festgesetzt werde,
- 2) es zu billigen, daß die 236 Gaslaternen sofort täglich ohne Rücksicht auf Mondschein und auch in den Monaten Mai, Juni und Juli vom Eintritt der Dunkelheit bis Tagesanbruch beleuchtet und die dadurch entstehenden Kosten von der Gasanstalt getragen werden,
- 3) zu bewilligen, daß für Aufstellung und Beleuchtung zweier Gaslaternen resp. auf der Thorn'schen Brücke und in der Thorn'schen Gasse 79 Thlr. 15 Sgr. zur Einrichtung und 27 Thlr. 6 Sgr. an jährlichen Beleuchtungskosten hergegeben werden.

hr. Helm beantragt, die Proposition des Gascuratorii, der Commune für gewisse Stunden im Sommer, während deren jetzt kein Gas auf den Straßen brennt, solches ohne Vergütung zu liefern, zurückzuweisen; die Beleuchtung während dieser Stunden sei allerdings nützlich und nothwendig, doch glaube er, daß die Commune ihren Gasverbrauch eben so gut bezahlen könne, wie jeder andere Consument; er beantrage solches um so mehr, als die hohen Erträge der Gasanstalt nur von einem kleinen Theile der Bürger, den Gasconsumenten, erzielt würden und der größere Theil es sich unzweifelhaft nicht nehmen lassen werde, an der allgemein nützlichen erweiterten Straßenbeleuchtung zu partizipieren. hr. Helm beantragt ferner, den Preis des Leuchtgases pro 1000 Kubikfuß für das nächste Verwaltungsjahr von 2 Thlr. 10 Sgr. auf 2 Thlr. herabzusetzen und führt dabei sowohl Billigkeitsrücksichten wie Zweckmäßigkeit gründlich an. Zu den ersten rechnete er, daß die Gasanstalt namhaft hohe Beträge alljährlich profitire, welche allerdings bis dahin zu den neuen kostspieligen Anlagen und Erweiterungen der Anstalt verwandt wurden, die aber immer noch bedeutend genug seien, um jetzt mit dem Preise des Leuchtgases um 10 Sgr. herunterzugehen. Er führt an, daß der Gasanstalt trotz ca. 20 p.C. Coccage im hiesigen Röhrensysteme 1000 Kubikfuß Gas incl. aller Ausgaben, Zinsen und Amortisation nur 1 Thlr. 6 Sgr. 9 Pf. kosteten, und ein Aufschlag von 23 Sgr. 3 Pf. zu dieser Summe unzweifelhaft hinreichend sei, um allen möglichen Eventualitäten, die der Anstalt passiren könnten, ruhig entgegensehen zu können, die erweiterten Anlagen zu machen, und noch das nothwendige große Betriebscapital in Kasse zu haben. hr. Helm führt ferner an, daß keine Stadt Norddeutschlands so billige und gute Gaskohlen beziehen könne wie Danzig, und daß deshalb der ebenfalls hohe Gaspreis in andern Städten für Danzig nicht maßgebend sein könne. Zu den Zweckmäßigkeitssichten, die seinen Antrag unterstützen, rechnet hr. Helm die billige Beschaffung anderer Brennmaterialien, welche nicht allein dem Gas Concurrenz machen, sondern die zur Zeit bereits effectiv billiger sind als Gas; zu diesen gehört in erster Reihe das amerikanische Petroleum. Eine Petroleumflamme kostet pro Stunde nur ca. 1 1/2 Pf., scheine ebenso hell, wie eine Gasflamme und sei nicht von allen möglichen Eventualitäten in der Gasanstalt abhängig, die Petroleumflamme hauche ferner weder für Ladenlocalien schädliche noch gesundheitsgefährliche Stoffe aus; wolle die Gasanstalt diesen Concurrenten bei Zeiten beseitigen, so müsse sie mit dem Preise des Leuchtstoffes billiger werden. Herr Helm weist sodann noch auf den Umstand hin, daß in den letzten Jahren bei gleicher Brennhöhe der Flamme viel mehr Gas consumirt worden, als ehedem, und schließt damit, daß er der Ansicht sei, daß die Gasanstalt ihr Monopol in hiesiger Stadt nicht benutzen dürfe, um einen kleineren Theil der Bürger mit einer extraordinären Steuer zu belegen, die Gasanstalt sei ein gemeinnütziges Institut und dürfe als solches keine hohen Einnahmen erzielen wollen.

Nachdem sich noch die Herren Klawitter, Zebens, Bischoff, Rosensteini, Piévin und Biber an der Debatte über die Gasangelegenheit beteiligt, werden die drei mitgetheilten Magistratsanträge angenommen.

Der folgende Gegenstand der Tagesordnung ist die Staats-Regulirung der Realschulen. Eine zum Zweck dieser Regulirung niedergelegte Kommission hat in ihrer Conferenz am 2. Februar d. J. beschlossen,

- 1) das Gehalt der Calfactoren an den Realschulen vom 1. Januar 1863 ab auf 216 Thlr. zu normiren;
- 2) daß die in der früher von der Stadt-Verordneten-Versammlung angenommenen Gehalts-Scala proponirten Gehälter der 3 ersten Lehrerstellen vom 1. Januar 1863 ab zur Ausschaltung gelangen. Was diese Beschlüsse anbelangt, so befindet sich die Commission mit dem Magistrat vollkommen in Einklang. Dagegen spricht sich dieser gegen den Beschluß derselben aus, die Realschulen in Bezug auf die Lehrergehälter mit dem Gymnasium gleich zu stellen. Diese Gleichstellung würde der Kämmererklasse eine jährliche Mehrausgabe von 1600 Thlr. (800 Thlr. für die Johannis- und 800 Thlr. für die Petrischule)

verursachen. Der Magistrat erklärt, daß er das Prinzip, welches bei dieser Beschlußfassung der Commission maßgebend gewesen, in seiner Allgemeinheit weder für richtig noch für praktisch anwendbar halte. — Ohne Zweifel sei durch die Annahme der früher entworfenen Gehaltsscala allen Anforderungen Genüge geschehen, welche die Lehrer an den Realschulen in Anbetracht ihrer früheren Einnahmen aus den Schulgeldern billiger Weise hätten erheben können; er sei zum Theil über das Maß desjenigen, was sie danach würden beanspruchen können, nicht unwe sentlich hinausgegangen. Ueberdies sei zu erwägen, daß die Ausgaben bei den Realschulen die Einnahmen schon bei Festhaltung der früheren Scala um wenigstens 4000 Thlr. für jede Schule übersteigen, während beim Gymnasium Ausgaben und Einnahmen im Wesentlichen balanciren. Um allerwenigsten scheine ein Grund vorzuliegen, einem blohen Prinzip, dessen Richtigkeit noch streitig sei, dadurch Anerkennung zu verschaffen, daß man der Kämmerei-Kasse eine Mehrausgabe von 1600 Thlrn. jährlich zumuthe. Bei der Debatte, welche sich in lebhafter Weise entspint, ergreift zunächst Herr Piwko das Wort und will das Prinzip aufrecht erhalten wissen, dem zufolge eine Gleichberechtigung der Realschulen mit dem Gymnasium gefordert werden müsse. Die Realschulen sagt er, ständen auf dem Boden des praktischen Bedürfnisses, ihre Bedeutung steige von Tag zu Tag. Die Zahl der jungen Leute, welche durch sie ihre Ausbildung für das praktische Leben erhalten, sei bei Weitem größer, als die derjenigen, welche das Gymnasium durchmachen. Dazu komme der Umstand, daß es jetzt schwer sei, für Realschulen geeignete Lehrkräfte zu finden. Eine Gleichstellung der Realschulen mit dem Gymnasium würde diesen Nebelstand beseitigen. Nachdem noch Herr Stoboy gesprochen und Herr Stadt-Rath Ladewig die Magistratsvorlage vertheidigt hat, erhält Herr Kirchner das Wort. Nach dem, was in der Magistratsvorlage und von dem Herrn Magistrats-Commissarius gesagt worden, könne es, sagte er, den Antheil haben, als würde in den Gymnasien etwas Feineres gelehrt, als in den Realschulen und seien jene höhere Bildungsanstalten, als diese. Das sei nicht der Fall. — Während die Gymnasien für ein so verrottetes Institut vorbildeten, wie die Universitäten seien, die eben nur noch so lange bestehen dürften, als man nichts Besseres an ihre Stelle zu setzen hätte, führten die Realschulen ihre Zöglinge unmittelbar ins Leben ein. Die Realschulen seien ein Product unserer Zeit und verdienten deshalb ganz besonders berücksichtigt zu werden. In wissenschaftlicher Beziehung sei durchaus kein Unterschied zwischen Realschulen und Gymnasien. Wohl aber bestehe darin ein Unterschied, daß der Real-Schullehrer größere wissenschaftliche Anstrengungen zu machen habe, als der Gymnasiallehrer. Für den Unterricht im Griechischen und Lateinischen seien viele vortreffliche Lehrbücher vorhanden, und der Gymnasiallehrer brauche nur nach diesem oder jenem zu greifen, um sich auf seine Unterrichtsstunden mit Leichtigkeit vorzubereiten. Dagegen müsse der Realschullehrer oft mühsame Studien in den neueren Wissenschaften machen, um seine Pflicht in den Unterrichtsstunden zu erfüllen. Hierauf ergreift der Herr Oberbürgermeister das Wort. Die Angelegenheit, sagt er, sei ohne allen Grund zur Prinzipienfrage gemacht worden. Es komme bei Beratung derselben in der Versammlung durchaus nicht darauf an, ob dieser oder jener Bildung der Vorzug zu geben, ob dieses oder jenes Unterrichtssystem das bessere sei. Vor Allem dürfe man eine Meinungsverschiedenheit hierüber nicht dazu benutzen, um der Kasse der Commune eine neue Ausgabe aufzubürden. Sei die Realschule dem Geiste der Neuzeit entsprungen und habe man deshalb eine besondere Vorliebe für sie, so dürfe man doch auch nicht vergessen, daß durch die Gymnasien der Geist ächter Wissenschaft durch die Jahrhunderte auf unsere Zeit fortgepflanzt sei, und wir würden keine Realschulen und keine Realschullehrer haben, wenn sie nicht gewesen wären. Eine Einseitigkeit hätten sich die Gymnasien im Laufe der Zeit allerdings zu Schulden kommen lassen und zwar in solchem Grade, daß sie das Bedürfnis nach Realschulen wahrgenommen; doch auch diese ständen bereits bei ihrer großen Jugend in der Gefahr, der Einseitigkeit zu verfallen und sie hätten allen Grund, sich davor zu hüten. Es würde den Realschulen zum großen Vorteile nachgesagt, daß sie einen unmittelbaren praktischen Zweck hätten, nämlich für das Leben bildeten. Ein Gleichtes könne man von den Gymnasien allerdings nicht sagen. Denn die unmittelbaren Zwecke des praktischen Lebens ständen ihnen fern; aber ihr großer Vorzug bestände darin, daß sie die Wissenschaft um ihrer selbst und nicht um eines anderen Zweckes willen trügen. Daß die hiesige Stadt in früher Zeit viel für Realschulen gethan, würde Niemand in Abrede stellen können. Es seien zwei Realschulen ersten Ranges in's Leben gerufen worden. Die Bedingungen, welche sich daran geknüpft, seien nicht geringer Natur gewesen; aber sie seien erfüllt worden. Außerdem sei noch vieles Andere zu bewerkstelligen, was mit den Lehrergehältern nicht in Verbindung stände. Unbedingt müsse für die Johannisschule ein anderes Gebäude geschaffen werden. Das erforderne eine bedeutende Summe. — Es sei bedauernswert, wenn man wegen einer Unmöglichkeit die nahe liegenden praktischen Zwecke in den Hintergrund zu drängen suche. — Daß man stets das Ziel im Auge behalte, die Gehälter der Lehrer nach Gebühr zu erhöhen, sei wünschenswert. Er, Redner, würde jede hundert Thaler segnen, die den Männern zu Gute kämen, welche sich dem so schwierigen und mühevollen Amt des Jugendunterrichts gewidmet. Man möge nur die Zeit abwarten; so würde in dieser Beziehung geschehen, was irgendwie möglich sei. Angefachter der großen Aufgabe, welche mit der beabsichtigten und so überaus dringend nothwendigen Regelung des Elementarschulwesens in's Leben getreten, sei mit dem Gelde der Stadt-Commune sehr bedächtig und vorsichtig umzugehen, um nicht da Mangel zu haben, wo es unbedingt nötig sei. Man möge bei der aufgeworfenen Frage nur den praktischen Standpunkt festhalten und diesen durch nichts Fremdartiges verrücken lassen. Bei der Normirung der Lehrergehälter einer Anstalt seien einzige und allein deren

Mittel in Betracht zu ziehen. Das sei der praktische Standpunkt. Nachdem hierauf die Herren Piwko und Kirchner das Wort gebaut und den Commissionsbeschluß verteidigt haben, warnt Herr Lévin vor der Prinzipienreiterei und gibt zu erwägen, daß die Qualität einer Lehranstalt nicht nach den Gehältern ihrer Lehrer abzuschätzen sei. Herr Stoboy zieht darauf einen von ihm gestellten Antrag zurück. Es wird zur Abstimmung gebracht. Die Herren Stadtverordneten Oberlehrer Tröger und Boeseremoen, beide Mitglieder des Lehrer-Collegiums der Realschule zu St. Peter, entziehen sich, wie es dem betreffenden §. der Städte-Ordnung gemäß, der Abstimmung. — Das Resultat derselben ist die Annahme der Magistratsanträge. Es kommt zum Schluß der Sitzung die Etats-Regulirung des Gymnasiums zur Sprache. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um den Honorar für den Gesangunterricht. Mr. Dr. Piwko, selbst ein gewiefter Musiker, der sich in einer früheren Sitzung auf eine sehr harte Weise gegen den Gesangunterricht, wie er gegenwärtig in Schulen getrieben wird, ausgesprochen und dadurch jedenfalls die Veranlassung gegeben, daß man versucht, das Honorar für den Gesangunterricht auf dem Gymnasium herab zu setzen, tritt jetzt mit großer Wärme und Geschick für die bis jetzt bestandene Höhe des Honorars in die Schranken; er zielt sogar noch darauf, es um 20 Thlr. zu erhöhen, und es gelingt ihm. Der Gesangunterricht auf Gymnasien, sagt er, sei in der Regel sehr schlecht; aber keine Regel ohne Ausnahme! Der jetzige Director unseres Gymnasiums, Herr Engelhardt, sei ein Kenner und Freund der klassischen Musik, und diesem Umstände allein sei es zu verdanken, daß neben Herrn Musik-Director Markull Herr Prof. Dr. Brandstädter Gesangunterricht ertheile und daß eine Selecta für den Gesang auf dem heiligen Gymnasium bestehet. Freilich, wenn Herr Director Engelhardt oder Mr. Prof. Brandstädter nicht mehr da sein sollten, dann könnte es vielleicht anders werden und deshalb sei Vorsicht nötig, weshalb er sich verpflichtet fühlt, folgenden Antrag zu stellen: Für Ertheilung des Gesang-Unterrichts wurden 200 Thlr. in den Etat aufgenommen und außerdem, so lange Herr Director Dr. Engelhardt und Professor Dr. Brandstädter am Gymnasium fungieren, 120 Thlr. als persönliche Zulage für den Gesangunterricht bewilligt. Dieser Antrag wird angenommen. — Außerdem faßt die Versammlung noch folgende Beschlüsse:

1) Das Gehalt des Directors wird auf 1600 Thlr. festgesetzt;

2) die Einschreibungs- und Entlassungsgebühren pro Schüler werden auf 1 Thlr. festgesetzt;

3) rücksichtlich der Dotirung des Elementarlehrers wird bestimmt, daß denselben nur eine einmalige Zulage von 50 Thlr. nach 10 Jahren garantiert wird;

4) der für den evangelischen Religionslehrer, der zu gleich den hebräischen Unterricht giebt, früher ausgeworfene Satz von 300 Thlr. wird beibehalten;

5) die für den Zeichen- und Schreiblehrer im Etat ausgeworfenen Sätze von 200 Thlr. und 100 Thlr. werden nach dem Vorschlage des Provinzial-Schul-Collegii auf 180 Thlr. und 120 Thlr. festgesetzt;

6) die bisher an den Famulus aus dem Schulfonds gezahlten 46 Thlr. werden abgesetzt.

Schluss der Sitzung nach 8 Uhr.

— Se. Königl. Hoher Kronprinz haben im Namen Sr. Majestät des Königs, des Allerdurchlauchtigsten Protectors des National-Danks für Veteranen, folgende Personen im Land-Commissariat Danzig zu Ehrenmitgliedern der Stiftung zu ernennen geruht: "Den Königl. Landrat und Rittmeister a. D. Pustar auf Hochöppin, den Rittergutsbesitzer Guth auf Arschau, den Reg. Pr. Lieut. Steffens auf Gr. - Kleßlau, den General-Landschaftsrath v. Weichmann auf Koloschen, den Ober-schulz Meix zu Kriekohl, den Schulzen Klatt zu Lepkau, den Rittergutsbesitzer v. Levenar auf Salau, den Schulzen Göhrt auf Schafenberg, den Schiedsmann Glätsch zu Nassenhuben, den Rittergutsbesitzer H. P. auf Schwintz, den Hofbesitzer G. Wessel zu Stüblau.

— Se. Königl. Hoheit der Prinz-Admiral trat heute mit dem Schnellzuge wiederum seine Rückreise nach Berlin an.

— Die gestrige Laufe der Schrauben-Corvette „Nymphe“ vollzog Fräul. Jung, Schwesters eines See-Offiziers, und zerstörte die Champagnerflasche beim ersten Wurf, was nach seemännischer Ansicht für das Schiff glückverheißend ist. Die Corvette „Nymphe“ wird 17 Geschütze führen und eine Schrauben-Dampfmaschine von 290 Pferdekraft aus der Fabrik von Penn u. Sohn aus Greenwich zum Preise von ca. 90,000 Thlr. erhalten. Nach dem Ablauf bestätigte Sr. Kgl. Hoheit noch das im Parade-Anzuge aufgestellte Matrosen-Corps.

— Heute Vormittag wurde die irdische Hölle des Türkischen General-Conjur Banquier S. S. Norman auf dem Altstotländischen jüdischen Friedhof zur Ruhe bestattet. Ein überaus zahlreiches Gefolge hatte sich dem Leichenzug anschlossen. Sämtliche Trauerkutschen Danzigs, viele herrschaftliche Equipagen und Droschen fuhren leer dem Zuge nach, um von dem Leichenzug folgend auf dem Rückwege benutzt zu werden. Die Leiche des Verstorbenen war mit dem gestrigen Nachzuge aus Wiesbaden hier eingetroffen.

— In der gestrigen Versammlung der liberalen Wahlmänner des Danziger Wahlkreises wurde über die, den Abgeordneten gemachten Vorlagen discutirt, insbesondere über die Militärfrage berathen. Die Anträge des Herrn Rechtsanwalt Eipke, dahin gehend, die Abgeordneten zu ersuchen, die 10 Punkte der Dunker'schen Resolution als wesentliche Bestandtheile des Gesetzes einer Wehrverfassung fest zu halten, abgelehnt, dagegen der Antrag des Herrn Rickert, den Abgeordneten, ohne einen Druck auf ihre Entschlüsse auszuüben, ein Vertrauensvotum zu geben, angenommen.

— Am nächsten Sonnabend wird der beliebte Komiker unserer Bühne, Herr Simon, im großen Saale des Schützenhauses eine humoristisch-musikalische Abend-

Unterhaltung veranstalten. Das Programm, welches uns vorliegt, ist ein eben so reichhaltiges wie interessantes. Wir ersehen aus demselben, daß Herr Mackenburgh, ein sehr geschätzter Musiker unserer Stadt, die musikalische Leitung übernommen hat. Außerdem werden die Damen Frl. Gerber, Hofrichter, Hülgerth und die Herren v. Almonde, Bartelmann, Bittler, Louis Fischer, Funk, Höfel, Kurz, Ludwig und der Concertmeister Schmidt mitwirken. Auf die Mitwirkung des zuletzt genannten Herrn ist ein besonderes Gewicht zu legen; denn in ihm vereinen sich Ernst der Kunst und Genialität auf das Innigste.

— Nach dem gestrigen Schiffsaufbruch verlustigten sich zwei Knaben auf den runden Sleepern, die in dem Graben an der Werft liegen, von denen einer, der Sohn des Zimmergenossen Pavelzig, in's Wasser stürzte. Schnell sprang der Kaufmann Schlueter mit eigener Gefahr auf die schaukelnden Hölzer und brachte den Knaben, der bereits untergegangen war, lebend ans Ufer.

— Am gestrigen Tage wurde die Feuerwehr 3 mal alarmiert und zwar um 8 und 10½ Uhr zu Schornsteinbränden in der Schmiedegasse 24 und Johanniskasse 6 und um 4½ Uhr Nachmittag zu einem Brände an der Pferdestraße 12, wo eine Sprühe in Anwendung gebracht werden mußte.

Nachrichten aus Posen und Polen.

Wreschen, 13. April. Seit einigen Tagen treffen an der schlesisch-polnischen Grenze wieder zahlreiche Flüchtlinge aus Polen ein, deren Zug in der letzten Zeit schon ganz aufgehört hatte. Die meisten dieser Flüchtlinge sind polnische Gutsbesitzer, welche ihr unglückliches Vaterland verlassen, um mit Preisgebung ihrer Habe wenigstens ihr Leben zu retten, das eben so sehr durch die Insurgenten, wie durch die Kosaken bedroht ist, und dem leicht eine noch größere Gefahr durch die immer drohender werdende Haltung der Bauern entstehen dürfte. Dass letztere Befürchtung durchaus nicht ohne Grund ist, darin stimmen alle diejenigen überein, welche die Verhältnisse in Polen näher kennen. Der polnische Bauer hat gegen nichts und gegen Niemanden auf der Welt größeren Haß als gegen den Edelmann, in dem er, wie die Maus in der Sage, seinen natürlichen Feind erblickt und den er allen edlen Gefühlen gegen den chlop (Bauer) für völlig unzugänglich hält. Dieser Haß ist das traditionelle Erbe früherer Jahrhunderte, in denen die Bauern in Polen vom Adel auf's Grausamste unterdrückt und gefeuert wurden. Er bildet eine unausfüllbare Kluft zwischen den Bauern und dem Adel und an ihnen wird jeder Aufstandsversuch des letzteren scheitern. Instinctiv sieht der Bauer in allen Aufstandsversuchen des Adels nur Anstrengungen desselben, seine früher unumschränkte Herrschaft wieder zu erlangen, und tritt ihnen feindlich entgegen, weil ihm die russische Herrschaft weit exträglicher erscheint, als die Tyrannie des Adels, deren Erinnerung ihn mit Schrecken erfüllt. Die zahlreichen von Insurgenten an Bauern verübten Mordthaten haben den Haß gegen den Adel, den der Bauer mit der Muttermilch eingesogen hat, bis zu einem Grade gesteigert, der die schrecklichsten Ausbrüche befürchten läßt. Schon im Februar hatten sich in manchen Gegenden, namentlich in der Woiwodschaft Krakau, Truppen von Bauern gebildet, welche unter dem Vorwande Insurgenten aufzufinden und einzufangen, umherzogen und die Edelhöfe ausplünderten und niederbrannten. Mit der Unterdrückung der Insurrection in jenen Gegenden hörten diese Raubzüge auf.

Kruschwitz, 13. April. Vorgestern hörte man hier in Preußen von der nahen Landesgrenze Kanonendonner. Zur Nachtzeit sieht man drüber namentlich in der Gegend gegenüber den russischen Grenzpolen zahlreiche Wachtfeuer. In den längs dieses Grenzstriches befindlichen Waldungen soll zur Zeit ein Insurgenten-Corps von ca. 5000 Mann lagern. Dem Vernehmen nach werden russischer Seite, nach einem unglücklichen Zusammentreffen mit einer größeren Abtheilung dieses Corps, Truppenverstärkungen erwartet; es steht sonach in der Nähe der preußischen Grenze nächster Tage ein Hauptcoup in Aussicht. Aus Kalisch und Konin wird dasselbe berichtet, dort sollen die Insurgenten sogar 8 Kanonen haben. — In letzter Zeit sind öfter Flüchtlinge von jenseits, namentlich Deutsche auf preußisches Gebiet übergetreten, um hier, von den Insurgenten bedrängt, Schutz zu suchen.

Gerichtszeitung.

Berlin. In diesen Tagen stand eine adlige Person vor den Schranken des Polizeirichters, der Arbeitschau angeklagt. Es ist dies das Fräulein Carol. Wilhelmine Massow, 60 Jahre alt, zu Danzig geboren und, v. Massow, eine Verwandte des früheren Ministers v. Massow. Die Angeklagte machte den Einwand der Arbeitsunfähigkeit, und ist dieser Einwand von dem Dr. Eick auch bestätigt und von dem Polizeirichter auf Freisprechung erkannt. — Fräulein v. Massow liegt heute noch frank im Lazarett, und bleibt es wirklich zu bewundern, wie die Familie sich nicht eines ihrer Mitglieder mehr angenommen hat.

Berlin, 11. April. [Wollbericht.] Das Geschäft war während der vergangenen Woche, wie dies nicht anders zu erwarten war, unbedeutend; wir haben nur eines sächsischen Kämmers zu erwähnen, der bis jetzt ca. 600 Thlr. fauste, darunter 230 Thlr. leichte u. ufermäßige Wollen, A- bis C- und D-Qualität um 60 Thlr. und ca. 200 Thlr. schwere Pommern hoch in den 60ern.

Meteorologische Beobachtungen.

Observatorium der Königlichen Navigationschule zu Danzig.

16	8	339,29	+	5,4	N.W. flau, hell u. schön.
12		339,37	+	7,4	do. do. do. do.

